

Es gilt das gesprochene Wort!

MdL Klaus Bartl

Schlusswort für die 86. Plenarsitzung des 6. Sächsischen Landtags am 30.01.2019, Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Umsetzung des 'Pakts für den Rechtsstaat' einfordern - Funktionsfähigkeit der Rechtspflege in Sachsen nachhaltig sichern!" (Drs 6/16302)

Sehr geehrter Herr Präsident,
Herr Ministerpräsident, Herr Staatsminister der Justiz,
meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen,

was muss denn eigentlich noch geschehen, dass wir alle, denen durch die Wählerinnen und Wähler, in unserem Falle hier im Freistaat Sachsen, das auf Zeit begrenzte Mandat erteilt ist, als Mitglieder der gewählten Vertretung des Volkes in Sachsen, Gesetzgeber und Kontrolleur der vollziehenden Gewalt zu sein, aber auch als herausgehobenes Organ der politischen Willensbildung zu fungieren und zu funktionieren, **zu Verstand kommen**. Sprich zu verantwortlichem Handeln.

Die Menschen hierzulande hadern mit ihren Institutionen. Die Parteien haben schon länger ein Glaubwürdigkeitsproblem. Jetzt erodiert schleichend auch das Vertrauen in die Arbeit von Justiz und Gerichten.

Ich komme Ihnen nochmals mit den Zahlen, die u. a. auch eine exklusive Erhebung durch ein Berliner Meinungsforschungsinstitut für "Focus Online" erbrachte: Nur **noch 41 Prozent** aller Bundesbürger haben ein großes oder

sehr großes Vertrauen in die Justiz. Dem gegenüber stehen etwa 45 Prozent, deren Vertrauen in die Justiz gering oder sehr gering ist.

In den neuen Bundesländern, wie schon gesagt, trifft dies sogar auf rund 52 Prozent der Menschen zu.

Das kann uns doch nicht schnuppe sein, da können wir uns doch nicht in unsere jeweiligen ideologischen Bastionen zurückziehen! Da sind wir doch, jedenfalls im Bestand aller Fraktionen in diesem Hohen Hause, die sich als demokratische, dem Grundgesetz und dieser Sächsischen Verfassung verpflichtet sehen, absolut gehalten, diese Signale aufzunehmen und das Bild vom Rechtsstaat und seiner Funktionsfähigkeit wieder gerade zu rücken.

In diesem Kontext ist es ein absolut fatales Zeichen, wenn etwa der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, dieser Tage fordert, das Fehlen an Staatsanwälten, Richtern und anderem Justizpersonal damit zu beantworten, dass **im Wege einer Strafprozessreform Verfahren** beschleunigt werden. Ralph Brinkhaus will der steigenden Prozessdauer und der zunehmenden Zahl der Einstellungen von Verfahren dadurch Herr werden, dass qua Änderung der Gesetzeslage bestimmte Verteidigungsrechte eingeschränkt werden.

Dazu sagte Brinkhaus der "Bild am Sonntag" letzte Woche, dass Angeklagte zwar effektive Rechte zur Verteidigung hätten, aber - Zitat:

"... die Allgemeinheit und die Opfer können auch erwarten, dass die Verteidigungsrechte nicht zur Prozessverschleppung genutzt werden können... dass zeitnah durch ein Urteil Rechtsfrieden geschaffen wird."

Konkret verlangt Brinkhaus u. a., dass **Befangenheitsanträge** gegen Richter nicht mehr dazu führen sollten, dass Prozesse verzögert werden. Wie gut der Föderalismus funktioniert, werde sich darin zeigen, ob Bund und Länder - Zitat:

"die Fehlentwicklungen in Justiz beseitigen" könnten.

Das genau ist eine fatale Logik: **Wir sichern den Rechtsstaat, indem wir ihn Stück für Stück abschaffen.**

Genau das wollen wir nicht!

Wir wollen den "Pakt für den Rechtsstaat" und bitten daher darum, dass Sie unserem Antrag zustimmen.